

Die Humboldt-Universität und ihre Geschichte

Bernd Florath

Jarausch, Konrad H./Middell, Matthias/Vogt, Annette, in Zusammenarbeit mit Ilko-Sascha Kowalczyk: Sozialistisches Experiment und Erneuerung in der Demokratie – die Humboldt-Universität zu Berlin 1945–2010, Bd. 3 der „Geschichte der Universität Unter den Linden“, hrsg. v. Heinz-Elmar Tenorth. Berlin: Akademie Verlag 2012, 715 Seiten, 99,80 €.

Die im Wortsinne gewichtige und mit dem hier zu besprechenden Band 3 nun auch komplett vorliegende Geschichte der Berliner Universität wird auf absehbare Zeit die gültige historische (Selbst-)Darstellung der Humboldt-Universität sein. Zumindest ist aller Erfahrung nach nicht damit zu rechnen, daß für ein so aufwendiges und umfangreiches Werk in naher Zukunft erneut Ressourcen bereitstehen, die die Universität aus Anlaß ihre Bicentenariums zur Verfügung stellte. Für die älteren Teile der Geschichte kann immerhin auf Alternativen zurückgegriffen werden, der Bilanz der letzten zwanzig Jahre mögen den Unwägbarkeiten der allerjüngsten Zeitgeschichte gemäß noch diverse Neubewertungen und vor allem Neugewichtungen im Lichte erst noch zu erschließender primärer Quellen unterworfen werden. So stellte die Geschichte der Universität in der DDR, die den Hauptanteil des Bandes 3 ausmacht, die wohl anspruchsvollste Herausforderung dar, vor die sich die fünf Autoren gestellt sahen.

Um einen Tenor vorwegzunehmen: Das Resultat ist durchwachsen. Freilich sind die Erwartungen hoch: Immerhin wird hier ein Stück Zeitgeschichte bearbeitet, das keineswegs unter einem dürftigen Forschungsstand leidet oder – wie für die jüngste Geschichte anderer Regionen – am problematischen Zugang zu den Quellen. Keine andere Region der Welt – und hier wäre auch Konrad Jarauschs einleitender Einschränkung (S. 9) energisch zu widersprechen¹ – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfreut sich eines so uneingeschränkt offenen Quellenzugangs wie die Geschichte der DDR. Dies ließe sich – mit einer von Kowalczyk am Ende seines Beitrages erwähnten Einschränkung (S. 551) – auch für die Universitätsgeschichte der wichtigsten und (zumeist) größten Hochschule des Landes behaupten. Für Fachleute ist es eher das Unmaß an Quellen, die lebhaft sprudelnde Fülle des konsequenterweise keineswegs immer aufregenden Materials, das den Zugriff auf diesen Gegenstand

¹ Der Quellenzugang ist für den gesamten Zeitraum der DDR vorzüglich und von die Universitätsgeschichte betreffenden Erschließungsrückständen kann nicht ernsthaft die Rede sein. Im Gegenteil: Das Bundesarchiv ermöglichte den Zugang zu DDR-Beständen seinerzeit sogar für Akten, die noch nicht weiter erschlossen waren als durch die Abgabeverzeichnisse der verbleibenden Erzeugerbehörden. Mithin ist nach mittlerweile weitgehend abgeschlossener archivalischer Erschließung heute teilweise eher weniger verfügbar als noch in den 1990er-Jahren, weil zur Erschließung natürlich auch die Kassation gehört. Wenn der Forschungsstand für das erste in Rede stehende Jahrzehnt und die letzten Jahre der DDR besser ist als die Zeit dazwischen, so kann dennoch nicht behauptet werden, „die wissenschaftlichen Vorarbeiten [seien] höchst unvollständig“. Dies würde nicht zuletzt die Arbeit des Halle/Wittenberger Instituts für Hochschulforschung als gänzlich irrelevant abtun, wozu zumindest der Rezensent nicht bereit ist.

erschwert. Umso wichtiger ist es, klare Fragen an den Gegenstand zu stellen, zu wissen, was man wissen will, und dies auch den Lesenden mitzuteilen und zu begründen.

Wäre der Untertitel der ersten Reihe, der der vorliegende Band zugehört, nicht „Biographie einer Institution“, sondern Geschichte der Universitätsverwaltung – ein unter den heutigen Bedingungen des Buchmarktes als geradezu obszön deutlicher, ergo zu verwerfender Hinweis auf den Inhalt einer Neuerscheinung –, so stünde zu erwarten, daß primär anhand der Akten der Universitätsverwaltung (vgl. S. 127 f.) unter Hinzuziehung der der zuständigen obrigkeitlichen Behörden eine Geschichte jener Entscheidungsstrukturen und Entscheidungen rekonstruiert wird, die die jeweilige Verfaßtheit der Universität und deren Veränderungen nachzeichnet. Aber eine Biographie unterstellt gleichermaßen ein Individuum, das, nachdem es einmal geboren ist, lebt, großgezogen wird, sich selbst definiert und Ziele setzt, die es verfolgt, erreicht oder verwirft, sich mit anderen Individuen in Beziehung setzt, sich vergesellschaftet, sich aber auch vergemeinschaftet und am Ende gegebenenfalls stirbt oder auch stirbt und wiedergeboren wird wie einst Horus oder Jesus. Eine Biographie ist im Vergleich zur Verwaltungsgeschichte die Beziehungsgeschichte eines Menschen in der Gesellschaft, der lebensläufige Gang jenes „Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse“, von dem der Foyertexter der Universität sprach, statt der Gesundheits- oder Krankengeschichte des Zellhaufens, der den Menschen bildet.

Konrad Jarausch – nicht wie man aufgrund seiner maßgeblichen Beiträge im Band vermuten könnte, der Herausgeber – gibt in seiner Einleitung einen Grundton vor, der in der Spannung von Biographie und Krankengeschichte oszilliert: Er will einerseits „die relative Normalität der sozialistischen Universität“ darstellen, wie sie sich zwischen stürmischer Geburt und kläglichem Dahinscheiden entfaltete (S. 9), andererseits nach etwas suchen, das der „freien Entfaltung der Wissenschaft“ trotz oder eingeeht durch „schwierige Rahmenbedingungen“ oder doch wenigstens dem sisypheartigen Bemühen darum ähnlich schaut. Mithin fragt er nach den Bedingungen von Wissenschaft. Nach den Bedingungen der Möglichkeit von Wissenschaft an einer Universität zu fragen ist explizit eine kritische Frage, eine Frage der Kritik nicht aber an der Wissenschaft, sondern an der Universität und ihren wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Hieraus ergibt sich zwingend, die Substanz der Wissenschaft – die Forschungen, Entdeckungen, Erfindungen etc. – aus der Darstellung auszusondern, was mit Band 6 auch geschehen ist.

Soweit ist diese Arbeitsteilung gut nachvollziehbar, sie schafft Raum, sich jeweils Teilbereichen konzentriert zu widmen. Wenn Band 3 sich aber nicht der Wissenschaftsgeschichte der Universität widmet, ist das Gewicht ihrer gesellschaftlichen Verankerung, ihrer Verortung im sich bildenden und ab 1949 als DDR definierenden Gemeinwesen als um so stärker die Untersuchung prägend zu erwarten. Ohne Zweifel zählt die interne Organisation des Hochschulbetriebes dazu. Und das aus zwei Gründen: Zum einen dient sie dem Nachvollzug der Art und Weise, wie Wissenschaft organisiert wurde, zum anderen, wie sich in einer öffentlichen Behörde – und eine Universität ist immer auch eine solche – Macht- und Herrschaftsverhältnisse reproduzieren. Endlich wäre eine um die Wissenschaftsgeschichte erleichterte Universitätsgeschichte der Ort, konzentriert nach den Studenten zu fragen: nach ihrer Rekrutierung, ihrer Konditionierung (wofür gewöhnlich der Euphemismus Erziehung steht), ihrer Rolle als sozialer Gruppe im Gemeinwesen und eben dieser Rolle, wenn sie als Absolventen die Alma mater verlassen haben.

Doch was sind die Fragen, die einem Rezensenten als Erwartungen vorschweben im Vergleich mit einer gediegenen Konzeption, die „distanziert gegenüber dem Jubel wie gegenüber purer Selbstkritik“ (Tenorth, Bd. 1, S. XVI) den Sechsbänder gleichermaßen zu einem bloßen Beitrag einer Debatte reduziert, der Gegengewicht zu anderen Gesamtauffassungen werden soll, und somit, wenn schon ein bestimmtes Bild nicht präjudiziert, so doch konkrete Positionen, die bislang fundiert vorgebracht wurden, von vornherein als Gegenpositionen ausschließt. Die Berliner Universität ist eben auch die Geschichte „des politischen Versagens der deutschen Mandarine“ (Ebenda, S. XVII). Indem der Herausgeber diese – ich wiederhole: begründete und historisch belegte – Sicht als „nur die dunkle Seite der Universität“ hinstellt, dem er die lichte entgegenstellen will, wo „die Eigenlogik von Wissenschaft zur Geltung“ kommt, ist er es, der eine Dichotomie von dunkler Politik und heiterer Wissenschaft entwickelt. Wo hat – um nur auf ein Paradoxon zu verweisen – in dieser Logik der heroische Verzicht Platz, mit dem jene Minderheit der Mandarine den wirklichen Titel des Intellektuellen rechtfertigte, die als verantwortungsbewußte Bürger eines Gemeinwesens wissenschaftliche Erkenntnis dort verweigerten, wo sie ruchlosen Machthabern als verbrecherisches Mittel dienen sollte oder auch nur könnte? Wenn Wolfgang Heubner die vorsätzliche Verschleppung von Kampfstoffforschungen selbst dann noch deckte, als ein Forscher schon zum Tode verurteilt war, so gereicht dies als Ruhmesblatt der Universität weit eher zur Ehre als jede neuentwickelte geniale, aber zugleich letale Formel. Kann man dieses paradoxe Verhalten „aus seiner eigenen Logik heraus [...] verstehen“?

So vorteilhaft die Methode der immanenten Kritik sein mag, sie kann die disparate Natur einander widersprechender Prinzipien schwer fassen. Sie verleitet vielmehr dazu, diese Disparatheit der wirkenden Prinzipien auf eines zu reduzieren, was – solange die Quellenlage dürftig ist, die inneren Beweggründe der Entwicklung in der DDR von außen auf solides Primärmaterial gestützt nicht einzuschätzen waren, wie zu Zeiten von Peter Christian Ludz – ein probater Weg war. Doch so quellenarm, daß uns als einziger Maßstab zur Vermessung ostdeutscher Universitätsgeschichte die Postulate sowjetmarxistischer Lehrsätze in ihrer Abstraktheit dienen könnten, sind die heutigen Forschungsvoraussetzungen gerade nicht mehr. Insofern ist das Verständnis des „ostdeutsche[n] Hochschulsystem[s] aus seiner eigenen Logik heraus“ (Jaraus, S. 10) gar nicht möglich, weil es *die* eigene Logik nicht gab. Zu fragen ist doch vielmehr nach den wirklichen Interessen wirklicher Menschen auch und gerade dann, wenn dieselben Menschen divergierenden Interessen, womöglich im identischen Handlungszusammenhang, folgten. Darin steckt historische Empirie, die die Logiken des Handelns erst zu rekonstruieren hat, bevor sie sie an den einzelnen Logiken mißt.

Band 3 verhandelt die Geschichte der Alma mater Berolinensis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die allerjüngste Vergangenheit. Mithin beginnt er die Handlung mit dem, was Befreiung, genauer „Befreiung vom Faschismus“, respektive, noch genauer, „Befreiung vom Nationalsozialismus“ genannt wird. Die ist mit der Kapitulation der Naziregierung nicht erledigt, sondern gerade erst initiiert und wird durch die Form, in der sie sich in den verschiedenen Teilen des Landes vollzog, den Unterschied zwischen den gegensätzlichen politischen Landschaften Ost- und Westdeutschlands ausmachen.

Die Berliner Universität steht genau in der Mitte. Ihre Zugehörigkeit zum Osten oder Westen ist am Beginn keineswegs so eindeutig vorgezeichnet, wie es der Blick zurück aus späteren Jahren unterstellen mag. Ihr Weg zur Stätte einer „sozialistischen Normal-

wissenschaft“, einer „ambivalenten Mischung von Fachkompetenz und Parteilichkeit“ (Jarusch, S. 13) führte über die Antwort auf die Frage: Was hieß es, die Gesellschaft und als deren akademischen Teil die Universität vom Faschismus zu befreien?

Der Band wird nach einer kurzen Einführung durch Konrad Jarusch durch Reimar Hansen eröffnet, der den Weg von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität beschreibt. Ganz offensichtlich will sich der Autor in dem Text nicht auf die Frage der Namensgebung beschränken, sondern führt in die Geschichte der Wiedereröffnung respektive Neueröffnung ein, womit sich zwangsläufig Überschneidungen mit dem folgenden Kapitel von Annette Vogt ergeben, deren Abschnitt zwar nicht explizit 1945 beginnt, aber vom Wiederaufbau bis 1960 voranschreitet. Abgesehen von der so kaum vermeidbaren Tatsache der Dopplung einiger Aspekte, überrascht, daß selbst wo beide zu verschiedenen Auffassungen kommen, sie wechselseitige Bezugnahmen, die dem Leser dabei helfen könnten, die Differenzen aufzuschlüsseln, vermeiden.

Matthias Middell befaßt sich mit den Jahren von 1960 bis zur Mitte der 1980er Jahre, und Konrad Jarusch schließt den historischen Teil des Bandes, in dem er das eigentümliche Kontinuum der Universitätsgeschichte von 1985 bis in den Beginn des 21. Jahrhunderts entfaltet, mit einer ersten Untersuchung des Um- und Neubaus der Universität unter demokratischen Rahmenbedingungen bei gleichzeitiger Integration in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft ab.

Ein wenig neben der chronologischen Anlage des Bandes steht das Kapitel über Struktur, Arbeitsweise und Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit an der Universität, das Ilko-Sascha Kowalczuk beisteuerte. Kowalczuk gibt einen stringenten Überblick über die Realität der Allgegenwärtigkeit der Stasi – gleichsam ein Röntgenbild, das viele Mutmaßungen, Zurechnungen, Befürchtungen und Exkulpierungen auf ein Skelett reduziert, das die Präsenz des omnipotenten Ministeriums als ebenso überraschend sparsam wie durchdringend und – im Sinne ihrer Protagonisten – effizient bezeugt. Das Kapitel scheint im Band die merkwürdige Funktion zu erfüllen, der mitunter entschwindenden Diktatur in der Darstellung einen festen Platz zuzuweisen. Doch kann er diese Platzhalterfunktion nicht erfüllen, weil, wie er an anderer Stelle selbst nachdrücklich festgehalten hat, die DDR kein MfS-, sondern ein SED-Staat war, mithin die notwendige Beleuchtung der Anwesenheit und des Treibens der Geheimpolizei, die Verortung der Universität im System des Staat gewordenen Kommunismus nicht ersetzen kann. Es scheint, als liefen die Intentionen der Herausgeber, gleichermaßen alles Böse in diesem Kapitel abhandeln zu lassen, um im Rest des Bandes der hehren Selbstbehauptung wissenschaftlichen Eigensinns huldigen zu können, und die Intention Kowalczuks, den Mythos Stasi auf jenen Platz zu reduzieren, den das MfS in einem vielfältigen System diktatorischer Herrschaft auch in der Wissenschaft eingenommen hat, *mit Sicherheit* aneinander vorbei. Ein Kapitel über die SED wäre wahrscheinlich für den Zweck der Universitätsgeschichte hilfreicher gewesen, doch was Kowalczuk hier an präzisen Informationen über die Arbeitsweise des MfS in einer einzelnen Institution rekonstruiert, ist, jedenfalls für den Bereich der Repressionshistoriographie beispielgebend.²

2 Es sei an dieser Stelle auf den im Band vollkommen unterbelichteten Forschungsstand verwiesen, zu dem Kowalczuk schon 2003 wesentlich beigetragen hat mit einem Buch, das hier meist nur als Gegenstand der Polemik auftaucht, obwohl es genau jenes Material verarbeitet hat, das den Autoren entweder nicht erschlossen genug dünkte oder schlicht nicht als relevant erschien: Kowalczuk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin 2003 (Forschungen zur DDR-Gesellschaft).

Die Universität Unter den Linden ist seit 1945 nicht mehr die einzige Berliner Universität. Nach Kriegsende wurden in der Stadt zwei Universitäten (neu-) eröffnet: Die Friedrich-Wilhelms-Universität als vorerst namenlose Universität und die vormalige Technische Hochschule in Berlin-Charlottenburg, die mit der Neueröffnung bzw. -gründung den Status einer Universität (was im vorliegenden Band teilweise durcheinandergeht – S. 27, 30, 44, 45, 57, 118) erhielt. Die Erklärungschancen, die sich aus einem Vergleich, zumindest aber aus der Kontrastierung der Gründungsgeschichten ergeben hätten, wurden leider nicht aufgegriffen. Das führt nicht nur dazu, daß Tatsachen ausgeblendet werden, sondern punktuell auch zu irreführenden Mutmaßungen, wenn Hansen beispielsweise das Scheitern der Versuche Sprangers, der Universität durch Raumnutzung in Charlottenburg gewissermaßen ein Standbein außerhalb sowjetischer Jurisdiktion zu geben, auf deren machtpolitischen Einspruch reduziert und ignoriert, daß sowohl die amerikanische Seite an einer stärkeren Involvierung in den Universitätsbetrieb zumindest 1945 nicht sonderlich interessiert war, als auch die britische Verwaltung die Lindenuniversität nicht im eigenen Sektor mochte, um der gerade erst zur Universität aufgewerteten TH keine Konkurrenz zu machen.³ Analoges gilt für die Frage, wieso die Universität nicht eindeutig dem Berliner Magistrat unterstellt blieb, sondern der Zentralverwaltung für Volksbildung der SBZ.⁴ Eine wirklich überzeugende Erklärung findet Hansen für die rasche Wandlung der Unterstellung dadurch nicht, der Verweis auf die Kontroll- und Machtinteressen der sowjetischen Besatzungsmacht entrückt sie ohne Vergleich mit dem Verhalten ihrer Alliierten dem historisch konkreten Ort und macht das Auseinanderfallen der Interessen der ehemals Verbündeten nur schwerer nachvollziehbar.

So ist auch das allen Siegermächten zum Glück gemeinsame alliierte Interesse der von Hansen als „sowjetkommunistisch“ apostrophierten „Strategie der Rezivilisation und Reedukation der besiegten Deutschen“ (S. 33) bei derart einseitiger Konnotation eher desorientierend. Ob Sprangers Differenz zur kommunistischen Umsetzung dieses alliierten Anliegens aus einem demokratisch fundierten Antikommunismus entsprang oder aus einem doch eher dem Nationalsozialismus affilierten Antibolschewismus mag dahingestellt sein. Es ist allerdings für die Universitätsgeschichte nicht von peripherem Interesse, ob der erste Nachkriegsrektor, dessen Bestallung eher noch dem Führerprinzip der Nationalsozialisten folgte als demokratischer Neukonstituierung, zu diesem Zeitpunkt tatsächlich als Demokrat angesehen werden kann.⁵ Hansens Studie sucht nach einer Antwort auf die Frage, wieso die Universität nicht unmittelbar bei der Neueröffnung den Namen des oder der Humboldts erhielt. Schon wer sich die zeitgenössische Presse über die Wiedereröffnung anschaut, begreift rasch die Überraschung, die in der Zögerlichkeit bei der Namensgebung steckt.⁶

Am Ende des langen Kapitels scheint die Frage indes nicht schlüssig beantwortet. Vermutungen über weitergehende Namensgebungen (Lenin oder Stalin) können keinen

3 Vgl. Heinemann, Manfred (Hrsg.): Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Westdeutschland 1945–1952. Teil 2: Die US-Zone, unter Mitarb. v. Ullrich Schneider. Hildesheim 1990 (Geschichte von Bildung und Wissenschaft. Reihe B, Sammelwerke, 2), S. 144.

4 Ebd., S. 157.

5 Vgl. die durchaus herbe Akzentuierung der Position Sprangers bei Thöndl, Michael: Der leitende Ausschuß für Wissenschaft. Die Universitäts- und Hochschulpolitik des Berliner Magistrats nach 1945. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs. Berlin 1999, S. 118 f.

6 Vgl. das verwunderte Anhängsel zum Bericht über die Wiedereröffnung der Universität in der CDU-Zeitung Neue Zeit: Die künftige Humboldt-Universität. In: Neue Zeit vom 30.01.1946.

eindeutigen Protagonisten zugeordnet werden. Der Konsens über die Benennung nach Humboldt scheint hingegen so groß gewesen zu sein, daß nur der bürokratische Akt auf seinen feierlichen Anlaß warten mußte. Seltsam, daß Hansen nicht mitteilt, daß die zuständige Zentralverwaltung für Volksbildung den Antrag des im Februar 1947 gewählten Studentenrates auf Umbenennung der Universität schon im Juni genehmigt hatte.⁷ Selbst die SMAD spricht in ihren internen Papieren spätestens seit Juli 1948 von der Humboldt-Universität.⁸ Ist die Namensfrage am Ende nur ein Kapitel aus der unendlich deutschen Geschichte wiehernder Amtsschimmel?

Die Schlüsselfrage der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte war zweifelsohne die personelle Neu- oder Rekonstituierung der Universität. Der Konsens darüber, daß NS-belastete Hochschulangehörige zu gehen hatten war vorhanden, nicht aber darüber, wer NS-belastet war oder als solcher zu gelten hatte. Und hatte sich die Säuberung des lehrenden Personals überdies der pragmatischen Frage zu stellen, wer die Lehre fortsetzen sollte, wenn zu belasteten Fachvertretern keine Alternative greifbar war, stellte sich die Immatrikulation unbelasteter Studenten angesichts knapper Ressourcen einfacher dar. NSDAP-Mitglieder, ja selbst Inhaber höherer Ränge in der Wehrmacht, kamen zunächst nicht zum Zuge.

Die Parallelitäten und Differenzen zwischen der personellen Neukonstituierung der Universität nach 1945 und nach 1990 werden weder hier noch in dem Beitrag Jarauschs thematisiert. Wie viele politisch Belastete wären nach 1990 im Amte geblieben, wenn man für den Lehrbetrieb so zwingend auf sie angewiesen wäre wie 1945? Oder umgekehrt: Wie hätte die Personalpolitik nach 1945 ausgesehen, wenn damals ein „anderes“ Deutschland mit einem immensen Personalüberhang auf den Stellenmarkt der Humboldt-Universität gedrängt hätte? Hinter denen nun die Macht der Exekutive stand und nicht eine Umwelt, die Remigranten und Vertriebene nur widerwillig, wenn überhaupt, annahm (um den Euphemismus „Integration“ zu vermeiden)? Es ist, das sei an dieser Stelle unterstrichen, die Stärke des Beitrages von Annette Vogt, die auf die Rolle und Stellung der Remigranten mit besonderer Aufmerksamkeit eingeht.

Das Sagen an der Universität nach 1945 hatten unter den Studenten ausgewiesene Antifaschisten, darunter befreite politische Häftlinge wie Georg Wrazidlo oder bemerkenswert viele unter den Nürnberger Gesetzen als „Halbjuden“ Verfolgte, die häufig die letzten Kriegsjahre Zwangsdienst in den Lagern der Organisation Todt leisten mußten oder aber untergetaucht waren wie Otto Hess, Oskar Hauser, Friedrich Wolff oder Wolfgang Heise. Die Entnazifizierung rieb sich an giftigen Widerständen ehemaliger Nazis, die sich wechselseitig weißwuschen – eine Erfahrung, die politisch aktive Studenten aus allen Parteien machen mußten.⁹

Dem 1948 eskalierenden Konflikt zwischen diesen Studenten, die an der Universität gleichermaßen einen Stellvertreterkrieg ausfochten, gingen Monate spannungs-

7 So berichtete die Berliner Zeitung am 13.06.1947 zwischen Meldungen über veränderte Lebensmittelmarken und einen tödlichen Schußwechsel zwischen der Polizei und Kriminellen.

8 Vgl. Spravka upravljenija informacii SVAG o položenii v vysšich školach, nicht nach dem 14.7.1948. In: Timofeeva, Natalja/Foitzik, Jan u. a. (Hrsg.): Politika SVAG v oblasti kul'tury, nauki i obrazovanija. Celi, metody, rezul'taty 1945–1949. Sbornik dokumentov. Moskva 2006, S. 570.

9 Der Studentenrat Otto Stolz wurde 1947 von Lehrkräften der Charité heftig attackiert, als er zwei Professoren als „reaktionär und nationalistisch“ bezeichnete. Mit Blick auf die dem entgegengehaltenen Persilscheine bemerkte ein Kommilitone im Studentenrat treffend: „Man kann nicht über die nationalsozialistische Gesinnung eines anderen urteilen. wenn man selbst nationalsozialistisch eingestellt ist.“ – Neues Deutschland vom 26.06.1947.

geladener gemeinsamer Arbeit voraus, die scheinbar vollkommen aus dem Blick geraten ist. Hier unterscheidet sich die Darstellung Hansens im Grunde nicht von denen kommunistisch-apologetischer Provenienz, wenn er gleichermaßen die Resultate späterer Entwicklungen in die ersten Monate projiziert: Die nicht konfliktfreie, aber durchaus bestehende Kooperation verschiedener politischer Kräfte gegen die Erbschaft des Nationalsozialismus, wie sie in den ersten Monaten bestand, wird unter dem Gesichtswinkel späterer Entwicklungen als Intention in ihre Handlungen zuvor hineingedeutet. Es ist bemerkenswert, daß bestimmte Entwicklungen sich nachgerade anonym vollziehen, obwohl sie durchaus namhafte Akteure aufwiesen. Nach Wrazidlos Absetzung als Leiter der studentischen Arbeitsgemeinschaft übernahm ein SED-Mann dessen Funktion (S. 89 f.). Ist es so unerheblich, ob das Herbert Theuerkauf, Friedrich Wolff oder Oskar Hauser war? Angesichts der harschen Kritik Wolffs an der eigenen Parteifunktionärskaste und der Rolle Hausers als disziplinierenden Gegenspielers in der SED-Betriebsorganisation der Universität¹⁰ scheint mir solche Personalie keineswegs randständig.

Die politisch Aktiven erwarteten von ihren Kommilitonen politisches Engagement, während deren Mehrheit vor allem studieren wollte und sich nicht mehr wie bis 1945 politischer Inanspruchnahme aussetzen wollte.¹¹ Dieser Maßstab galt nicht zuletzt auch für die Zulassung von neuen Studenten, wer diesem Maßstab nicht genügte, mußte vor der Tür der Universität bleiben: So war es Otto Stolz, der für das Herbst-/Wintersemester 1947/48 mitteilte, daß zum Beispiel Peter Lorenz und andere hochrangige CDU-Mitglieder nicht zum Studium zugelassen wurden, was „ohne jede Einmischung der Zentralverwaltung erfolgt, und nur darauf zurückzuführen [sei], daß die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren“.¹² Die Zielrichtung der kommunistischen Einflußnahme auf die Zulassung von Studenten soll hier überhaupt nicht in Abrede gestellt werden, doch so zu tun, als hätte es bei den anderen politischen Aktivisten (wie zum Beispiel Stolz oder Hess) keine parteipolitischen Interessen gegeben und wenn doch, diese immer nur im Kampf gegen die kommunistischen Intentionen gestanden hätten, ist eine Betrachtung, die zu sehr aus dem Nachhinein erfolgt.

Über den sich formierenden politischen Konflikt ließe sich freilich besser reden, wenn Autoren und Herausgeber den auf das Innenleben der Universitätsgremien gesenkten Blick auf die Umgebung freigegeben hätten und durch die Konfrontation analoger Vorgänge illustriert hätten. Das erste vollständige Sommersemester 1946 wurde an der Universität Unter den Linden durch einen politischen Eingriff überschattet, der vielleicht weniger in der Sache selbst, als in der Art und Weise, wie die universitären Gremien mit ihm umgingen, die schon zu diesem Zeitpunkt unterschiedlichen Bedingungen erhellte, unter denen beide Universitäten ihren Lehrbetrieb wieder aufnahmen. In ihrem Enthusiasmus ungebremst hißten am 1. Mai 1946 Mitglieder der gerade erst ebenso erzwungen wie erwünscht aus KPD und SPD vereinigten SED eine Rote Fahne auf dem Hauptgebäude Unter den Linden. Das war ein deutlicher Verstoß

10 Vgl. Wolff, Friedrich: Ein Leben – Vier Mal Deutschland. Erinnerungen: Weimar, NS-Zeit, DDR, BRD. Köln 2013.

11 Über diese gleichermaßen begründeten wie einander entgegenstehenden Motivationen war es bereits nach der ersten öffentlichen Studentenversammlung am 07.10.1945 zu einer öffentlichen Kontroverse zwischen Berliner Tageszeitungen gekommen. Vgl. Neue Zeit vom 09.10.1945; Berliner Zeitung vom 09.10.1945; Der Tagesspiegel vom 13.10.1945; Berliner Zeitung vom 16.10.1945; Neue Zeit vom 14.11.1945.

12 Berliner Zeitung vom 08.6.1947.

gegen die Regel der akademischen Überparteilichkeit und provozierte daher Mitglieder anderer Parteien zum Protest.

Unter normalen Umständen wären die verantwortlichen Studenten (deren Identität nirgendwo offenbart wurde, weil die Regelwidrigkeit ihres Handelns ihnen offenbar bewußt war) disziplinarisch zur Verantwortung gezogen worden. Ihr Dekan oder der Rektor hätte sie wohl verwarnt und belehrt, solches Treiben künftig zu unterlassen, ihnen eventuell mit schärferen Konsequenzen für den Wiederholungsfall gedroht. Statt dessen wurde der protestierende Leiter der Studentischen Arbeitsgemeinschaft Georg Wrazidlo von seiner Funktion abgelöst. Wieso stellt niemand die Frage, weshalb nicht auch die SED-Betriebsgruppe an der Technischen Universität, die wie jene der Universität Unter den Linden in der Woche vor dem 1. Mai 1946 gebildet wurde¹³, die Parteifahne über der Charlottenburger Chaussee oder der Hardenbergstraße hißte? Es war mitnichten begründet aus der weniger enthusiastischen Radikalität der Akteure. Es war auch nicht begründet aus einem divergierenden Wissenschaftsverständnis an beiden Universitäten. Es erklärt sich vielmehr aus der Verschiedenheit der „bedeutsamen Umwelten“ in „Politik, Ökonomie und Ideologie“, die vom Herausgeber explizit aus dem Fokus der Universitätsgeschichte genommen werden. (Bd. 1, S. XVII)

Der kommunistische Einfluß wurde freilich zu dieser Zeit eher in seinen Wirkungen als in seiner Methode sichtbar. Zulassungskommissionen, in denen Vertreter der (seit Februar 1947 gewählten) Studentenschaft, der Universität, der Zentralverwaltung und des öffentlichen Lebens saßen, waren die Einflugschneisen kommunistischer Personalpolitik.¹⁴ Die Abwesenheit oder Unsichtbarkeit der SED an der Universität, wie sie in dieser Geschichte aufscheint, beruht auf der souveränen Ignoranz gegen deren Arbeitsweise: Als in den 1960er Jahren die führende Rolle der Partei in der DDR auch gesetzlich fixiert wurde – erst im Gesetz über den Ministerrat, dann in der Verfassung –, riefen diese staatsrechtlichen Verankerungen keine Verwunderung oder gar Protest hervor, weil sie nur fixierten, was ohnehin längst galt. So war die Universität keine Ausnahme, keine Insel des seligen Normalbetriebes inmitten des kommunistischen Staates, weder in ihrer Position noch in ihrer inneren Verfaßtheit. Keine Entscheidung der Universitätsgremien, auch keine der nichtstaatlichen Organisationen innerhalb der Universität (FDJ, Gewerkschaft, wissenschaftliche Gesellschaften etc. pp.) ging an der Partei vorbei, konnte sich auf Dauer ihr entgegenstellen oder auch nur von ihr unabhängig machen.

Zu glauben, daß ein Senat, nur weil in ihm die Mehrheit der Professoren keine SED-Mitglieder sind, selbständige Entscheidungen trafe, ignoriert, daß selbst die parteilosen Senatsmitglieder das nur sind, weil ihre Position von der SED in einer der zahllosen Kadernomenklaturen auch so vorgesehen war. Selbst die rettende Gestalt des Nachwenderektors Heinrich Fink konnte nur dank dieser Planungen überhaupt gewählt werden. Wie Sprangers Amtseinsetzung 1945 der letzte Akt des Führerprinzips an der Universität war, so war Finks Bestallung als Rektor der letzte Atemzug der Kadernomenklatur. Die Abwesenheit der SED-Strukturen im Vorlesungs- und Adreßverzeichnis der Universität, auf die Annette Voigt verweist (S. 145), belegt nichts, als

13 Vgl. Florath, Walter/Grotewohl, Hans: Zum 50. Jahrestag der Gründung der SED. Interview. In: *offensiv – Zeitschrift für Sozialismus und Frieden*, 1996, 1, S. 13–17.

14 Vgl. Maskolat, Henny: Arbeiterbewegung und Berliner Universität in der Periode der Wiedereröffnung 1945/46. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe*, 15. Jg. 1966, 4, S. 533–540.

daß die Genossen keineswegs formalistisch vorgingen, wenn es um den Kampf um die Macht ging. Sie besetzten beizeiten die Schlüsselposten, von denen aus es möglich war, ihre Politik durchzusetzen. Und sie schufen eine Situation, in der eine wissenschaftliche Karriere schlechterdings nicht möglich war für jemanden, der sich der Partei entgegenstellte.

Dies mag in den Anfangsjahren schwieriger gewesen sein als später, als alle staatlichen Mittel in der vollen Kontrolle der Partei lagen. Doch selbst eine persönlich zugleich integre wie mutige Persönlichkeit wie Kurt Mothes, der sich immer wieder erdreistete, der weltlichen Macht Widerworte zu geben, vermochte nicht deren Wissenschafts*politik* zu konterkarieren. Ohnehin ist es ein eigentümlicher Irrglaube, daß die Wissenschaftspolitik der SED auf die Zerstörung von Wissenschaft ausgerichtet gewesen wäre. Die Vorstellung über die Vereinbarkeit von Fachwissenschaften mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung intendierte nicht die Ersetzung der einen durch die andere. So ist es kein Kampf der Wissenschaft mit der Macht, der Universität mit der Partei (oder, wengleich noch absurder, aber im Band immer wieder suggeriert: des Staatssekretariats mit der Abteilung Wissenschaften des ZK), sondern es ist die immanente Logik des Wissenschaftsverständnisses der Partei selbst, das Anschauung und Analyse, Bekenntnis und Erkenntnis, Glauben und Rationalität in Eines setzt: die wissenschaftliche Weltanschauung. Peter Ruben schrieb 1990 – bezogen auf die Wissenschaft der Philosophie – einen Nachruf auf diese *contradictio in adjecto*:

„Bekenntnisse, Verkündigungen, Weltanschauungen sind jederzeit doch nicht Produkte philosophischen Mühens, sondern seine Gegenstände. Nicht daß ein Mensch eine Konfession hat, daß er seiner Gemeinschaft etwas verkündet, daß er eine Anschauung, eine Einstellung oder Haltung und dergleichen besitzt, macht ihn zum Philosophen, sondern daß er dies Besitztum thematisiert, als Gegenstand seines Erkennens sich vorsetzt, daher im berühmten Zweifel Descartes‘ im Verhältnis zu Bekenntnissen, Verkündigungen, Anschauungen etc. steht, sich von ihnen distanziert, um sie zu begreifen.“¹⁵

Middell nuanciert die übergreifende Fragestellung des Buches nach der sozialistischen Universität im Normalbetrieb zurückhaltender in die Richtung einer „Rekonstruktion der Funktionsweise einer Universität und damit der Ermöglichung bzw. Behinderung einzelwissenschaftlicher Glanzlichter“ (S. 253). Damit ist eine kritische Frage zumindest in der Hinsicht gestellt, als die Abhängigkeit der Universität vom Gemeinwesen, das heißt von den politischen, sozialen, wirtschaftlichen Bedingungen der Möglichkeit universitären Handelns, zum Thema wird. Inwiefern die Universität zugleich Teil und Reflex dieses Gemeinwesens ist, selbst also eine Bedingung für ihre Umwelt darstellt, bleibt damit noch immer ausgeklammert.

Viel eher kommt er der Notwendigkeit nach, Vorgänge an der Humboldt-Universität zu kontextualisieren, sie in den Zusammenhang der deutschen Hochschul- und Wissenschaftsgeschichte, der DDR-Geschichte, als auch der deutsch-deutschen Zeitgeschichte zu stellen (so zum Beispiel für die Darstellung der widersprüchlich, ja gegenläufigen Folgen des Mauerbaus, S. 273–279). Gelungen ist die Rekonstruktion

15 Ruben, Peter: Über Meinung und Wahrheit im Kontext ökonomisch-philosophischer Probleme der Gegenwart. Neue Bemerkungen zu einem alten Problem [Vortrag zur Investitur als Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR am 21. September 1990]. In: ders.: Philosophische Schriften Online-Edition peter-ruben.de, hrsg. v. Ulrich Hedtke u. Camilla Warnke. Berlin 2006 S. 3.

der vertrackten III. Hochschulreform. Sie entzieht sich einer eindeutigen Darstellung sowohl durch ihre Unübersichtlichkeit und Überlagerung vollkommen gegensätzlicher Interessen politischer Machtzentralisierung einerseits und andererseits dem Streben nach Erhöhung der Effizienz wissenschaftlicher Forschung. Effizienz ist hier sehr wohl im schnöden Sinne ökonomischer Effizienz zu verstehen, soweit die Reform den Impetus der Reformperiode des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) zu einem Zeitpunkt nachvollziehen sollte, da deren sinnhafter Kern, die Erweiterung der Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaftssubjekte (man müßte korrekt sagen, dem zaghaften Versuch, volkseigene Betriebe überhaupt erst zu Wirtschaftssubjekten zu machen), schon längst als Grundprinzip ebenso verworfen war, wie sich ihr Spiritus Rector aus der Reform und dem Leben verabschiedet hatte. So erging es der Hochschulreform wie den anderen Reformansätzen: die politischen, mit dem Rechtspflegeerlaß und dem Jugendkommuniqué von 1963 eingeleitet, widerstanden dem hartnäckigen Widerwillen der Parteionomenklatura nicht und wurden erst sukzessive ausgehöhlt, mit dem 11. Plenum 1965 in einer Weise entkernt, daß sie den ökonomischen Reformen den notwendigen Resonanzboden nicht mehr bieten konnten.

Dennoch: Mitunter hätte eine straffere Chronologie, eine akzentuierte Charakterisierung der widerstreitenden Parteien und Tendenzen viel zur Erhellung der Unübersichtlichkeit der realen Vorgänge beigetragen. Klingt es zu ironisch, wenn man sagt, daß Middell seinem Gegenstand daher zu sehr treu bleibt? Er hat sich stellenweise mit nachgerade Droysenscher Hermeneutik hineinbegeben, daß er versäumte, den seltenen Daten seiner Darstellung überhaupt noch Jahresangaben beizugeben.

Es ist indes nicht nur die hohe Forderung an den Leser, in der Fülle dieses Materials die Übersicht zu behalten, Middell gibt auch einige Rätsel auf: Einige betreffen Problemlagen, die in der Literatur schon halbwegs deutlich zu sein schienen, andere werden in seiner Darstellung nicht deutlicher, obwohl er sich daran abarbeitet: Rektor Sanke wird von ihm eingeführt gewissermaßen als der Rektor der SED nach den Wirrungen und Verunsicherungen der Havemannschen Unruhe. Für die kühne Behauptung, Sanke sei faktisch schon seit März 1964 im Geschäft des Rektors gewesen, mag Middell Argumente haben, allein Belege liefert er dem staunenden Leser nicht. (Ähnlich rätselhaft bleibt in der Universitätsgeschichte auch die Nichtbestätigung der Wahl Kurt Noacks zum Rektor 1949 bei Hansen – S. 121) Auch Belege, die für ein vorzeitiges Kaltstellen des Mathematikers Schröder sprächen, sucht man vergebens. Mag sein, Middell hat sie in den Tiefen des Universitätsarchivs gefunden – warum zögert er, sie zu präsentieren (S. 306)? Die Quellen sind an dieser Stelle ja durchaus nicht immer eindeutig, wie man an den vorausgehenden Ereignissen sieht. So konstatiert er den Rückzug des bösen Geistes der Universität, Robert Naumann, auf der Senatssitzung vom 18. März 1964 und mutmaßt, er sei „damit wohl einer öffentlichen Beschuldigung fehlender Wachsamkeit analog zu Tzschoppe“ entgangen (S. 305). In dieser unglückseligen Mutmaßung bündeln sich in nuce eine Reihe der Probleme nicht allein von Middells Darstellung:

Der besonders im Kapitel von Annette Vogt so arg strapazierte Naumann muß immer wieder als Beispiel für den üblen Versuch herhalten, in die heiligen Hallen des Universitätsbetriebes Personen ohne akademische Meriten einzuschleusen, als seien sie, weil *minorum gentium*, allein deshalb so etwas wie eine fleischgewordene Verletzung wissenschaftlicher Regeln. Dabei wird konsequent unterschlagen, daß gerade Robert Naumann auf eine jahrelange akademische Karriere in der Sowjetunion zurückblicken konnte. Zugegebenermaßen handelte es sich um eine politikakademische

Karriere, weshalb er am Ende ein Roter Professor war, doch so gänzlich unvertraut war ihm der Universitätsbetrieb denn doch nicht. Übel an ihm war vielmehr seine Feindseligkeit jeder intellektuellen Freiheit gegenüber, der er beinhart die Interessen seiner Partei entgensetzte. Daß er sich erst im März 1964 verabschiedete, lag indes nicht in der Furcht begründet, in den Strudel der Kampagnen gegen Werner Tzschoppe und Robert Havemann zu geraten. Gegen diese beiden hätte er nur allzu gern in vorderster Front gestanden. Er war schlicht aus längerer Erkrankung zurückgekehrt und offizialisierte seinen faktischen Sturz am Jahresende 1963, als er von Tzschoppe (und Havemann) im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Staatssekretär Dahlem in den Ruhestand vertrieben wurde, um der Reformfraktion den Stuhl des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften zu sichern. Doch um diese Geschichte der antistalinistischen Revolte in der Folge des XXII. Parteitages zu erzählen, hätte es einer präziseren Chronologie bedurft. Und der Einführung einiger Charaktere, die in der voluminösen Geschichte teils unterbelichtet, teils durch vollkommene Abwesenheit glänzen.

Wen man auch immer fragen mag, ob er sich eine Geschichte der Humboldt-Universität in der DDR vorstellen könne, in der Wolfgang Heise 700 Seiten lang nicht erwähnt wird, würde schlicht antworten: Unmöglich! Vollkommen undenkbar! Dieser Wolfgang Heise, Biermanns DDR-Voltaire¹⁶ wurde zur Jahreswende 1963/64 auf den Stuhl Naumanns als Prorektor gesetzt. Als er in der ersten Februarwoche 1964 im Staatssekretariat seine Bestallung erhielt, machte der aufrechte Mann, dem taktisches Verschweigen von Differenzen zuwider war, darauf aufmerksam, daß er die Absetzung Tzschoppes in der Nachtsitzung der Universitätsparteileitung vom 31. Januar auf den 1. Februar als einen „Verstoß gegen das Parteistatut“ ansähe, wie der Vertreter des Staatssekretärs Schwiegershausen dienstefrig festhielt.¹⁷ Natürlich war die Absetzung Tzschoppes statutenwidrig. Es war ein Putsch der Berliner Bezirksleitung unter Paul Verner gegen die aufmüpfige Universitätsparteileitung, die zwar den unruhigen Geist Havemann noch im August des Vorjahres aus ihren Reihen vertreiben hatte, nun aber Anstalten machte, diese Entscheidung zu revidieren und finstere Gestalten wie Naumann zu entmachten. Nebenbei: Das geschah mit gewerkschaftlicher Noblesse, man schickte den alten Mann eingehüllt in Lobreden über seine ungeheuren Verdienste aufs gut versorgte Altenteil.

Unter den Bedingungen der politischen Gegenattacke der Funktionärskamarilla Paul Verners auf dem 5. ZK-Plenum endete die Ära Heise als Prorektor binnen weniger Tage. Sie wurde aus den Annalen der Universität offenbar spurlos getilgt. Die sozialistische Universität im Normalbetrieb vertrug einen Heise nicht. Sie vertrug keine Philosophen, erst recht keinen, der es mit dem Marxismus, dieser aufmüpfigen, widerspenstigen, subversiven Denkkultur, die sich schon dagegen verwahrt, überhaupt zum Ismus kujoniert zu werden, so ernst meinte, wie das nur jemand konnte, der Vorlesungen über Hegel und das Komische hielt. Zuviel für die seinerzeit herrschenden Ideologen.

Während die Kapitel Hansens und Vogts sich durch geringe Trennschärfe voneinander weniger abgrenzen, denn mit nicht immer aufgelösten Widersprüchlichkeiten

16 Vgl. Biermann, Wolf: Wolfgang Heise – mein DDR-Voltaire. Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde. In: Vier Reden im Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin am 7. November 2008. Berlin 2008, S. 24–38.

17 Vgl. hierzu: Müller, Silvia/Florath, Bernd (Hrsg.): Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation. Berlin 1996 (Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs, 1), S. 31.

überlappen, ist mit der Zäsur des Jahres 1960 zwar vordergründig das Universitätsjubiläum gemeint, realiter aber die sinnvolle Nahtstelle des Mauerbaus getroffen. Annette Vogt greift über das Jahr 1960 dort hinaus, wo Entwicklungen sich auf den politischen Zustand der offenen Sektorengrenze beziehen, Middell hinter das Jahr zurück, wo sich Zusammenhänge als Vorgeschichte der zermauerten Stadt nicht ohne diesen Rückgriff vorstellen lassen. Wieso aber nicht ebenso mit dem Revolutionsjahr 1989/90 verfahren wurde, bleibt schleierhaft. 1985 war weder wissenschafts-, noch universitäts-, noch politikgeschichtlich ein Einschnitt. Selbst wenn man großzügig die Humboldt-Universität in den Kontext der Geschichte des Weltkommunismus stellte (was die Herausgeber und Autoren in aller Regel aber meiden), wäre gerade für die DDR festzuhalten, daß Gorbatschows Amtsantritt hier gerade keine Zäsur markierte, sondern allenfalls als Projektion jener diente, die eine solche Zäsur (gleich welcher Art diese ausfallen sollte) erträumten. Ist es etwa die Absicht der heutigen Humboldt-Universität, sich als kontinuierliche Fortsetzung des spätstalinistischen Wissenschaftsstillstandes der Jahre 1985 bis 1989 zu definieren?

Schließlich tauchen bei Middell Studenten auf. Studenten, die in den Kapiteln zuvor ein eher marginales Dasein führen. Er stößt auf den paradoxen Umstand, daß, während das wissenschaftliche Personal sich seit den 1960er Jahren durch wachsende Immobilität auszeichnete, die Studenten dagegen gewissermaßen einen Motor regionaler Mobilität darstellten. Die nachwachsenden Generationen nahmen ihr Studium dort auf, wo den jeweiligen Universitäten die entsprechenden Fachrichtungen zugeplant waren, abhängig von dem ihnen zugebilligten Deputat. Es ist ein Kapitel, das sich durch eine Fülle noch offener Fragen arbeitet, das hierfür schichtenweise Problemlagen anreißt, die mit einer Gesamtgeschichte kaum zu bewältigen sind: so die Seminargruppen, vielgesichtige Mischung von Organisations- und Kontrollrahmen, aber auch Lern- und Orientierungshilfe der Studenten, Platzhalter der Selbstorganisation ebenso wie Instrument der Disziplinierung, zumindest für die Semester des Grundstudiums. Fast beiläufig wird die Gestalt des Seminargruppenbetreuers eingeführt. Sie ist dem heutigen universitären Betrieb so fremd, daß sie selbst einer Metapher entbehrt, die sie verständlich machen könnte. Offenbar unterschieden sie sich nicht signifikant von ihren Kommilitonen an anderen Universitäten der DDR, was den Autor mitunter dazu verleitet, eher eine Hochschulgeschichte der DDR mit Berliner Illustrationen zu schreiben.

Für eine so bedeutende Gesamt- und Selbstdarstellung scheint dieser Band wie ein Rohentwurf. Die souveräne Abgehobenheit vom Forschungsstand, von der breiten politik- wie sozialhistorischen Literatur zum Thema überrascht, da die Autoren sie eigentlich als Beteiligte des Forschungsfeldes kennen müßten. Die Stärken liegen dort, wo die Autoren sich ihren Spezialgebieten widmen: Annette Vogt der Problematik der Remigration oder des ansonsten eher kärglich diskutierten Genderaspekts der Universitätsgeschichte. Middells Beitrag ist vor allem dort stark, wo er DDR-Hochschulpolitik untersucht. Wenn es um deren konkrete Umsetzung an der Humboldt-Universität tritt allerdings die Fremdheit des Autors mit dem Ort des Geschehens zutage.

Wesentliche Fragen bleiben unberührt: Die Lehre ist kein bürokratischer Akt der Zuordnung von Lehrstühlen oder der Raumplanung. Das Wirken und die Wirkung akademischer Lehrer in den Köpfen ihrer Studenten schlägt sich weder in den Verwaltungsakten noch unbedingt in den Publikationen der Professoren nieder. In Band 6 wird auf Historiker wie Frithjoff Sielaff und Peter Musiolek verwiesen, Lehrer im besten Sinne des Wortes, die auf allen Fachgebieten der Universität gewirkt haben,

mitunter mit Inhalten, die in produktivem Gegensatz zu ihren eigenen Veröffentlichungen standen, deren wirkliche Spur in der Geschichte indes nur in ihren Schülern lebt. Ohne diese Fehlstelle hier weiter strapazieren zu wollen –, die Diskrepanz zwischen der Nichterwähnung Wolfgang Heises in diesem Band und der lebendigen Wirksamkeit seiner Studenten, Freunde und Schüler im weitesten Sinne des Wortes sei als bedenkliches Zeichen abschließend ins Gedächtnis gerufen.

